



Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Ausgabe 7/2005

28. Juli 2005

Gefährliches Spielzeug

gdp - Softair-Waffen werden als Spielzeug gehandelt und erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Dass diese Waffen nicht ungefährlich sind, zeigten Tests, die die Gewerkschaft der Polizei (GdP) durchführte. Dabei konnten mit den Softair-Waffen sogar CD-Hüllen aus einer Distanz von fünf Metern durchschossen werden.

„Damit sind Verletzungen, wie Platzwunden wahrscheinlich, Verletzungen des Auges dürften sogar erheblicher ausfallen“, betonte GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg. Auch ließe sich der Trend erkennen, dass ein Beschießen von Menschen keinerlei Tabu mehr darstelle, hier müsse die Erziehung ansetzen, um eine Sensibilisierung der Kinder für die Unverletzlichkeit anderer Personen durchzusetzen.



V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

LV Keller erkundigt sich vor Ort über Stand der Organisationsreform

Würzburg - Bei hochsommerlichen Temperaturen informierte sich LV Gerhard Keller am 18. Juli beim PP Unterfranken über den Stand der Vorbereitung zur Polizeireform. PP Helmut Koch erläuterte die zeitlichen Umsetzungspläne, die noch in diesem Jahr den Beginn des Pilotprojekts vor-

Ltd. PD Gerold Mahlmeister stellte den Fragebogen für die notwendigen Personalmaßnahmen vor, mit dem eine sozialverträgliche Unterbringung aller Beschäftigten angestrebt wird. Einigkeit bestand darin, dass der Erfahrungsbericht schonungslos Schwächen und



V. l. n. r.: LV Keller, PP Koch, stv. LV Schneider, Ltd. PD Mahlmeister

sehen. Die Baumaßnahmen schreiten zügig voran und werden zeitgerecht beendet, so dass nur Unwägbarkeiten beim Einbau der Technik für die neue Einsatzzentrale den Startschuss verzögern könnten.

Stärken des Modells darlegen muss und auch mögliche Nachbesserungen in die Gesamtbetrachtung einfließen müssen, bevor die Polizeireform auf andere Präsidien ausgedehnt wird.

Spannende Internetlinks:

Die Homepage des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Dachverbandes der GdP: <http://www.dgb.de>

Die Gewerkschaftlichen Monatshefte: <http://www.gmh.dgb.de> Als besonderen Service bietet die Homepage eine Referenten- und Autoredatenbank.

Dies ist ein Angebot des DGB Bildungswerkes e.V. und der Gewerkschaftlichen Monatshefte. In dieser Datenbank finden sich leicht Ansprechpartner für Vorträge, Seminare und Beiträge zu vielen Themenfeldern im Rahmen gewerkschaftlicher Bildung.



BVG setzt Bezugshöhe für Kindergeld neu fest

Karlsruhe – (gdp) Für den Bezug von Kindergeld dürfen die Kinder nicht mehr als 7.680 € im Jahr selbst verdienen. Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat jetzt beschlossen, dass von diesem Betrag die Sozialversicherungsbeiträge des Kindes abzuziehen sind. Damit ändert sich der Kindergeldanspruch vieler Eltern.

Gemäß der Regelung des § 62 EStG erhalten Eltern für jedes Kind einen Beitrag von 154 € monatlich bzw. ab dem vierten Kind für dieses und jedes weitere 179 € monatlich Kindergeld. Dies gilt jedoch nur, wenn das Kind ab dem 18. Lebensjahr im Jahr nicht mehr als 7.680 € eigenes Einkommen bezieht. Ab diesem Betrag sichert das Kind sein Existenzminimum selbst und verliert seinen Unterhaltsanspruch gegenüber seinen Eltern. Damit besteht auch kein Anspruch auf die steuerrechtliche Vergünstigung in Form der Kindergeldzahlung mehr.

In einem Beschluss des BVG wurde nunmehr festgestellt, dass nicht der volle Bruttobetrag des Einkommens der Kinder in die Bemessungsgröße der 7.680 € mit einbezogen werden darf. Vielmehr sind die Sozialversicherungsbeiträge der Kinder von ihrem Einkommen abzuziehen. Damit lebt in vielen Fällen der Kindergeldanspruch bzw. die Einräumung eines Steuerfreibetrages wieder auf. Allerdings sind für die Ermittlung des Einkommens der Kinder auch sonstige Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung und Leistungen nach der Ausbildungsförderung zu beachten.

Die zuständigen Familienkassen sind angewiesen, die Rechtsprechung des BVG für die Zukunft umzusetzen.

EU-Minister beschließen Vorratsdatenspeicherung

gdp - Die EU-Staaten wollen angesichts der Londoner Selbstmordanschläge ihre Zusammenarbeit gegen Terrorismus verstärken und bis Oktober die Speicherung der Telefonverbindungsdaten beschließen. Der Umfang der Datenspeicherung ist bisher in der Bundesregierung umstritten. In einer Sondersitzung unterstützten die Innen- und Justizminister der 25 EU-Staaten Vorschläge aus Großbritannien für engere Zusammenarbeit, die präventive Wirkung im Kampf gegen den Terrorismus haben sollen. Bis spätestens Oktober wird die von Datenschützern und dem

Europäischen Parlament scharf kritisierte Datenspeicherung beschlossen werden. Bundesinnenminister Otto Schily sieht darin eine Verbesserung der Ermittlungsmöglichkeiten. Er und Bundesjustizministerin Brigitte Zypries fordern die Speicherung der Daten über den Zeitraum eines Jahres. „Angesichts der mehr als 50 Toten von London sind Kosten Gesichtspunkte obsolet“, die von Telefongesellschaften moniert werden, sagte Schily. Die Innenminister aus Frankreich und Großbritannien riefen am Rande des Treffens dazu auf, Islamisten in den EU-Staaten stärker zu überwachen.

WM-Überwachung durch Nato-Flugzeuge

gdp - Die Bundesregierung plant den Einsatz der NATO-Überwachungsflugzeuge des Systems AWACS, um den deutschen Luftraum während der Fußball-WM 2006 zu überwachen. Vor allem sollen damit terroristische Anschläge aus der Luft frühzeitig erkannt und verhindert werden. Entsprechende Einsätze gab es bei der EM in Portugal und bei den Olympischen Spielen in Athen. Alleine in Griechenland

waren die Flugzeuge 640 Stunden insgesamt in der Luft. BMI Otto Schily hat nun BMVg Peter Struck gebeten, die Flugzeuge, die in Geilenkirchen bei Aachen stationiert sind, bei der NATO für diesen Zweck anzufordern. Die Kosten, so die neue Sachlage, die in bisherigen Veröffentlichungen noch nicht genannt werden konnten, sollen sich auf 10 bis 12 Millionen Euro belaufen.

Sozialwerk der GdP Bayern GmbH



SW Touristik
SW Medical
SW Auto
Mobilfunk

**Besuchen Sie uns
auf unserer Homepage
www.swbayern.de**

Grenzüberschreitende Kooperation

gdp - Im Sinne terroristischer Gefahrenabwehr wollen Deutschland und Österreich zukünftig verstärkt grenzüberschreitend miteinander kooperieren. So soll es leichter möglich sein, Polizeikräfte bei Bedarf anzufordern und einzusetzen. Auch der grenzüberschreitende Einsatz soll stellenweise vereinfacht werden, indem die Nachteile auf flüchtende Personen und Einsätze bei Gefahr um Leib und Leben erleichtert werden sollen. Auch gemeinsame Streifgänge und Observationsgruppen sind geplant.